

30. September 2026
Pressemitteilung

c/o Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-
Lippe e.V. – Diakonie RWL
Lenastraße 41 | 40470 Düsseldorf

Telefon: 0211 6398-268
Mobil: 0160 8465587

presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de
www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de

Arbeitsmarktpolitik darf Langzeitarbeitslose nicht im Stich lassen: Freie Wohlfahrtspflege NRW fordert Kurswechsel im Bundeshaushalt 2027

NRW-Report Arbeitsmarktpolitik zeigt: Wachsende Langzeitarbeitslosigkeit trifft auf schrumpfende Förderung – Jobcenter brauchen endlich verlässliche Mittel statt Mangelverwaltung, um Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren

Düsseldorf, 30. September 2026: Die Langzeitarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen verfestigt sich weiter. Das zeigt der aktuelle NRW-Report Arbeitsmarktpolitik 02/2026. Für die Freie Wohlfahrtspflege NRW ist dieser Befund mehr als eine statistische Entwicklung: Er ist ein politisches Alarmsignal. Während immer mehr Menschen dauerhaft vom Arbeitsmarkt abgekoppelt werden und komplexe Unterstützungsbedarfe mitbringen, werden ausgerechnet jene Förderinstrumente geschwächt, die Wege zurück in Arbeit und soziale Stabilität eröffnen und Teilhabe stärken.

Die Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege NRW, Kirsten Schwenke, sagt: „Wer Langzeitarbeitslosigkeit wirksam bekämpfen will, darf die Jobcenter nicht in die Mangelverwaltung treiben. Es ist politisch widersprüchlich, zu erwarten, dass mehr Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden und gleichzeitig bei den Mitteln für Beratung, Qualifizierung, Stabilisierung und öffentlich geförderte Beschäftigung zu sparen. Das ist sozial- und arbeitsmarktpolitisch der falsche Weg.“

Der Report weist für Juni 2026 rund 325.300 langzeitarbeitslose Menschen in NRW aus. Seit 2019 ist ihre Zahl damit um fast 33 Prozent beziehungsweise um mehr als 80.000 Menschen gestiegen. Langzeitarbeitslose machen inzwischen 41,7 Prozent aller Arbeitslosen aus. Gleichzeitig sinken die Chancen auf eine nachhaltige Integration in Beschäftigung.

Besonders betroffen sind Menschen, deren Chancen am Arbeitsmarkt eingeschränkt sind. Dazu zählen Personen ohne Berufsabschluss, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Menschen mit Migrationsgeschichte, ältere Arbeitslose sowie Frauen, die häufig die Sorgeverantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige übernehmen. Die Integrationsquote von Frauen liegt seit Jahren deutlich unter der von Männern. Aus Sicht der Freien Wohlfahrtspflege NRW zeigt dies: Förderangebote müssen stärker an den tatsächlichen Lebenslagen der Menschen ausgerichtet werden.

Schwenke: „Besonders problematisch ist: Der Report dokumentiert nicht nur wachsende Problemlagen, sondern gleichzeitig einen deutlichen Rückgang der Arbeitsmarktförderung. Die Fördereintritte arbeitsloser Menschen im SGB II sind seit 2019 nahezu halbiert worden; auch die Förderbestände langzeitarbeitsloser Menschen sind massiv gesunken. Die Aktivierungsquote liegt nur noch bei 11,6 Prozent. Damit zieht sich der Staat genau dort zurück, wo Unterstützung besonders dringend gebraucht wird.“

Die Freie Wohlfahrtspflege NRW fordert deshalb einen klaren Kurswechsel im Bundeshaushalt 2027: Die aktive Arbeitsmarktpolitik muss verlässlich und auskömmlich ausgestattet werden. Bundesweit müssen mindestens fünf Milliarden Euro für Eingliederungsleistungen verbindlich gesichert werden. Wer gesellschaftliche Teilhabe ernst nimmt und Folgekosten von Ausgrenzung vermeiden will, muss jetzt in Qualifizierung, Begleitung und Beschäftigungsförderung investieren.

Zugleich muss die Finanzierung der Jobcenter realistisch kalkuliert werden. Steigende Personal-, Sach- und Tarifenkosten dürfen nicht länger dazu führen, dass Eingliederungsmittel zur Deckung struktureller Verwaltungslücken herangezogen werden. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Verwaltungs- und Eingliederungsmitteln muss beendet werden: Geld für Arbeitsmarktintegration muss bei den Menschen ankommen.

Ralf Nolte, Diözesan-Caritasdirektor im Erzbistum Paderborn und Vorsitzender des Arbeitsausschusses Arbeitsmarktpolitik in der LAG FW NRW, sagt: „Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege sehen täglich, was Kürzungen konkret bedeuten: weniger Beratung, weniger Qualifizierung, weniger Stabilisierung – und am Ende weniger Chancen für Menschen, die ohnehin mit erheblichen Hürden kämpfen. Eine Politik, die Teilhabe verspricht, muss die passenden Rahmenbedingungen gewährleisten und die dafür notwendigen Angebote auch finanzieren.“

Anlässlich der Aktionstage Arbeitsmarktpolitik „Aktiv für Arbeit“ machen die Freie Wohlfahrtspflege NRW und ihre Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Jugendberufshilfeträger deutlich: Langzeitarbeitslosigkeit ist kein individuelles Versagen; ihre Bekämpfung ist deshalb eine gesellschaftliche und politische Aufgabe. Wer Chancen in Arbeit eröffnen will, muss die arbeitsmarktpolitischen Angebote der Freien Wohlfahrtspflege vor Ort stärken, statt sie durch unsichere und unzureichende Finanzierung auszubremsen.

Hinweis für die Medien

Gern stehen Ihnen unsere Trägereinrichtungen für weitergehende Recherchen und zur Berichterstattung zur Verfügung. Kontaktieren Sie gern die LAG-Pressestelle und wir vernetzen Sie passgenau mit einem Träger, der aus seiner praktischen, täglichen Arbeit die hier getätigten Aussagen illustrieren kann.

Den vollständigen NRW-Report Arbeitsmarktpolitik finden Sie hier:

<https://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/initiativen/nrw-report-arbeitsmarktpolitik/nrw-report-arbeitsmarktpolitik-022026/zentrale-ableitungen-der-lag-fw-nrw>

Dort ist auch eine Datenbank mit den aktuellen Arbeitsmarktdaten für NRW hinterlegt – hier können Sie leicht Städte und Kreise nach verschiedenen Analyse-Merkmal miteinander vergleichen.

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW in drei Sätzen

750.000 Mitarbeitende der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen setzen sich täglich dafür ein, Menschen in allen Lebenslagen zu unterstützen. Mit ihren Angeboten und Dienstleistungen erreichen die Träger der Freien Wohlfahrtspflege in NRW jährlich rund 6 Millionen Menschen. Neben den konkreten Aufgaben der Wohlfahrts- und Sozialarbeit übernehmen die Verbände eine wichtige Mittlerrolle zwischen Gesellschaft, Politik und Verwaltung: Sie benennen soziale Schieflagen und setzen auf Dialog, um gemeinsame Lösungen für alle beteiligten Akteurinnen und Akteure zu erreichen.